

11.02.25**Antrag**
des Landes Sachsen-Anhalt

**Entschließung des Bundesrates: Zeitnah effektive Unterstützung
für den Erhalt und die Transformation der energieintensiven
Industrie erforderlich**

Der Ministerpräsident
des Landes Sachsen-Anhalt

Magdeburg, 11. Februar 2025

An die
Präsidentin des Bundesrates
Frau Ministerpräsidentin
Anke Rehlinger

Sehr verehrte Frau Präsidentin,

die Landesregierung von Sachsen-Anhalt hat beschlossen, dem Bundesrat den
als Anlage beigefügten Antrag für eine

Entschließung des Bundesrates: Zeitnah effektive Unterstützung für den
Erhalt und die Transformation der energieintensiven Industrie erforderlich

zuzuleiten.

Ich bitte Sie, die Vorlage gemäß § 36 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates auf die Tagesordnung der 1051. Sitzung am 14. Februar 2025 zu setzen und anschließend den zuständigen Ausschüssen zur Beratung zuzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Reiner Haseloff

Entschießung des Bundesrates: Zeitnah effektive Unterstützung für den Erhalt und die Transformation der energieintensiven Industrie erforderlich

Der Bundesrat möge beschließen:

1. Der Bundesrat stellt fest, dass seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine es auch auf dem europäischen Düngemittelmarkt zu wettbewerbsverzerrenden Verwerfungen gekommen ist. Der mengenmäßig stark gestiegene Import von günstigen Düngemitteln aus Russland gefährdet die Existenz der verbleibenden Hersteller innerhalb der EU und erhöht die Gefahr einer strategischen Abhängigkeit der europäischen Landwirtschaft. Gleichzeitig generiert Russland Einnahmen, die direkt oder indirekt zur Finanzierung des Krieges gegen die Ukraine beitragen. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Bundesrat den aktuellen Vorschlag der EU-Kommission zur Einführung von Zöllen auf Düngemittel aus Russland und bittet die Bundesregierung diesen zu unterstützen.
2. Der Bundesrat nimmt weiterhin zur Kenntnis, dass nach den vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 die Produktion in den energieintensiven Industriezweigen, darunter die Chemieindustrie, nach wie vor niedrig ist. Nach Auffassung des Bundesrates steht dies im unmittelbaren Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Zwar sind die Energiepreise zwischenzeitlich gesunken, haben jedoch nicht wieder das Vorkriegsniveau erreicht. Die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie ist damit aktuell und voraussichtlich auch in den nächsten Jahren erheblich beeinträchtigt. Der Bundesrat betont, dass sich die verschlechterte Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft auf die Produktion und die notwendige klimaneutrale Transformation der energieintensiven Industrie sowie damit verknüpfter Wertschöpfungsketten auswirken kann – mit entsprechenden Folgen für Wertschöpfung, Beschäftigung und Wohlstand.
3. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung um zeitnahe und wirkungsvolle Maßnahmen für ein international wettbewerbsfähiges Strompreisniveau. Geeignete Maßnahmen sind aus Sicht des Bundesrates insbesondere
 - eine zeitnahe und substanzielle Senkung der Netzentgelte durch einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt sowie die Prüfung dynamischer Netzentgelte, um langfristig die Nachfrage zu flexibilisieren.
 - eine Unterstützung derjenigen Unternehmen, die bei einer Fortentwicklung der Industrienetzentgelte mangels Flexibilisierbarkeit ihrer Produktion gegebenenfalls deutlich schlechter gestellt werden sowie

- ein Einsatz auf europäischer Ebene für eine an die Erfordernisse der zukünftigen Erzeugerstrukturen angepasste Ausweitung des Anwendungsbereiches der Strompreiskompensation.
4. Mit Blick auf die Planungssicherheit für die Unternehmen bittet der Bundesrat die Bundesregierung zudem um
 - eine Verlängerung der Strompreiskompensation bis 2030,
 - eine Entfristung der gegenwärtig für das Produzierende Gewerbe geltenden Stromsteuersenkung auf das europäische Mindestmaß sowie eine dauerhafte und planbare Stabilisierung der Übertragungsnetzentgelte durch geeignete Maßnahmen.
 5. Die Umlage nach §35e Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) zur Sicherung der Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen (Gasspeicherumlage) refinanziert die Versorgungssicherheit in der Energiekrise 2022/23 und die aktuellen Auswirkungen des Überfalls von Russland auf die Ukraine. Eine Entlastung der Unternehmen von dieser Umlage würde ebenfalls erheblich zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung daher, für Unternehmen eine Ausnahme von der Gasspeicherumlage und eine Kompensation der dadurch fehlenden Mittel durch einen Bundeszuschuss zu prüfen.
 6. Der Bundesrat betont die Bedeutung des zügigen Ausbaus der erneuerbaren Energien sowie der entsprechenden Netz- und Speicherinfrastruktur für ein ausreichendes Stromangebot und niedrige Strompreise. Mit Blick auf die Versorgungssicherheit hebt der Bundesrat das Erfordernis hinlänglicher Kapazitäten flexibel steuerbarer Kraftwerke und Speicherkapazitäten hervor.
 7. Der Bundesrat bedauert, dass der Bundestag noch kein Gesetz zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid in tiefen geologischen Gesteinsschichten verabschiedet hat.

Begründung:

Die Kurzstudie „Fiskalischer Impact der Energieintensiven Industrien in Deutschland“ des Institutes der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH (IW Consult) im Auftrag des Verbandes der Chemischen Industrie e.V. (VCI) aus dem Jahr 2023 kommt zu dem Ergebnis, dass die energieintensive Industrie (Chemie, Pharma, Glas, Metall und Papier) direkt, indirekt und induziert rund 2,4 Mio. hochwertige Arbeitsplätze in Deutschland sichert. Insbesondere aus der chemischen Industrie häufen sich die Meldungen über den Aufschub von Investitionen und die Stilllegung von Produktionskapazitäten aufgrund der – u.a. energiekostenbedingten – Verschlechterung der Wettbewerbsposition mit konkurrierenden Unternehmen auf dem Produktmarkt sowie mit konkurrierenden Betriebsstätten innerhalb internationaler Konzerne.

Über die Einbindung in regionale sowie überregionale Wertschöpfungsnetzwerke und Wertschöpfungsketten wirkt sich dies auf weitere Wirtschaftszweige aus. Um dauerhafte Schäden an der industriellen Basis in Deutschland zu verhindern und die erfolgreiche Transformation der (energieintensiven) Industrie zur Klimaneutralität zu unterstützen, sollten zeitnah effektive Maßnahmen ergriffen werden, um die Energiepreise, insbesondere die Strompreise, der Unternehmen zu senken und ihre Wettbewerbsfähigkeit wieder zu erhöhen.